

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Angebot und Vernetzung des „Wilden Westens“ nach Schließung des Streichelzoos ausbauen!

Der „Wilde Westen“ (Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße und Spielhaus) ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur Gröpelingens und liegt sozialräumlich in einem Quartier mit besonderem Entwicklungsbedarf und problematischen Sozialstrukturen. Im Wesentlichen ist das Quartier gekennzeichnet von einer Häufung sozialer Problemlagen, einer hohen Armutsquote, einem hohen Anteil an bildungsfernen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Familien mit Migrationshintergrund.

Die wichtigen außerschulischen Freizeitangebote (finanziert über „WiN“, „APK“ oder „pro Arbeit“) des "Wilden Westens" sind beispielsweise ein Spielhaus als offene Anlaufstelle für Kinder aus dem Wohnumfeld mit regelmäßigen Aktivitäten und Ausflügen, ein kostenloser Mittagstisch für Grundschülerinnen und Grundschüler inkl. einer Hausaufgabenbetreuung, das Projekt "Folientunnel" – Gemüseanbau für Mensch und Tier, die Erlebnisgruppe „Wilder Westen" und eine multikulturelle Frauengruppe mit Kinderbetreuung in Kooperation mit der Grundschule Halmerweg. Ziel der Angebote und Aktivitäten des "Wilden Westens" ist die Integration und Beteiligung sozial benachteiligter Kinder und ihrer Eltern im Rahmen von betreuten Freizeitmöglichkeiten. Im Mittelpunkt steht die Vermittlung von Regeln, Normen und Werten im sozialen Miteinander.

Der Ende der 90er Jahre aufgebaute „Wilde Westen“ hatte sich im Laufe der Zeit zu einem Projekt in Trägerschaft der Comeback GmbH entwickelt – mit insgesamt über 20 Stellen auf 1-Euro-Basis. Veränderungen der Arbeitsmarktförderung auf der Bundesebene haben dazu geführt, dass diese Stellen nicht mehr ausreichend besetzt werden konnten, weil die Fördervoraussetzungen deutlich enger gefasst wurden. Gleichzeitig führen die Anforderungen an die Tierhaltung dazu, dass ein Weiterbetrieb nur mit qualifizierten tierpflegerischen Fachkräften möglich wäre – inkl. einer tierärztlichen Betreuung. Ein Weiterbetrieb ist aus Sicht des Trägers wirtschaftlich nicht darstellbar und eine Übernahme des Streichelzoos in die kommunale Hand würde mehrere hunderttausend Euro verlangen, um die Personalanforderungen umzusetzen. Dies ist finanziell nicht leistbar.

Nachdem so deutlich geworden ist, dass der Streichelzoo des „Wilden Westens“ nicht mehr aufrechterhalten werden kann, ist eine Stärkung der Vernetzung und der Angebotsstruktur des Gemeinschafts- und Spielhauses Stuhmer Straße nötig, um die wichtige örtliche Funktion des „Wilden Westens“ gezielt zu stärken und zukunftsfest auszugestalten. Dafür müssen die beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die dort angesiedelt sind, abgesichert und auf dem Gelände des „Wilden Westens“ neue Angebote initiiert werden. Auch die weitere Vernetzung des Gemeinschaftshauses und des Spielhauses mit der sozialen und bildungsorientierten Infrastruktur vor Ort muss vertieft werden. So gibt es Überlegungen, auf

dem Gelände ein neues Angebot mit der Zielrichtung Gartenbau zu initiieren. Zudem muss angesichts der Betreuungsbedarfe von Kindern im Stadtteil geprüft werden, ob auf dem Gelände des „Wilden Westens“ auch der Neubau einer Kindertagesbetreuungseinrichtung möglich ist. Um alle relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort zur Weiterentwicklung des „Wilden Westens“ einzubinden, erscheint die Etablierung eines runden Tisches ein sinnvolles Instrument.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. neue Angebote auf dem Gelände des „Wilden Westens“ gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort zu entwickeln – u.a. mit der Zielrichtung Gartenbau/Gärtnerei;
2. den Neubau einer Einrichtung zur Kindertagesbetreuung auf dem Gelände des „Wilden Westens“ zu prüfen;
3. einen Runden Tisch unter Beteiligung der relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort und Vertretern des Senats einzuberufen, um eine Lösung für den Erhalt der sozialen Projekte (Suppenküche, pädagogischer Mittagstisch und Spielhaus) im Stadtteil zu entwickeln und innerhalb von drei Monaten der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration darüber zu berichten;
4. zu prüfen, welche Maßnahmen im Rahmen des sozialen Arbeitsmarktes zur Absicherung der Projekte im Umfeld des „Wilden Westens“ und zur Integration von erwerbslosen Menschen geeignet sind.

Der Stadtbürgerschaft ist bis Herbst 2016 zu berichten.

Petra Krümpfer, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Susanne Wendland, Dr. Matthias Güldner, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN